ihres Zeitwerts (§ 18 Abs. 1 S. 4 AtG). § 18 Abs. 2 AtG schließt eine Entschädigungspflicht aus, wenn die Genehmigung aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben erteilt wurde, der Inhaber der Genehmigung oder für ihn tätige Personen durch ihr Verhalten Anlass zum Wi-

derruf gegeben haben, insb. durch Verstöße gegen Gesetze oder Anordnungen oder wenn der Widerruf wegen einer nachträglich eingetretenen erheblichen Gefährdung der Beschäftigten, Dritter oder der Allgemeinheit ausgesprochen werden musste.

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s10357-011-2178-8

Nachhaltiger Schutz des kulturellen Erbes – Zur ökologischen Dimension des Kulturgüterschutzes

Katsos, Charalampos: Nachhaltiger Schutz des kulturellen Erbes – Zur ökologischen Dimension des Kulturgüterschutzes, Schriften zum Kunst- und Kulturrecht, Band 7; 2011, 586 Seiten, ISBN 978-3-8329-5567-0; 119,00 Euro; Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Die von *Philip Kunig* an der Freien Universität Berlin betreute Dissertation von *Charalampos Katsos* „Nachhaltiger Schutz des kulturellen Erbes“ bedarf besonderer Erwähnung. Wie der Titel bereits ankündigt, will er damit zunächst die herkömmliche Frage nach der langfristigen Sicherung des kulturellen Erbes mit der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte in Beziehung setzen. Es geht somit um die Wechselwirkung von Umwelt- und Kulturgüterschutz. Also wird zunächst der Begriff der Kulturgüterschutzes im Rahmen der allgemeinen begrifflichen Voraufklärung (S. 60f.) überzeugend dargestellt, wobei die gemeinsame „historische Hypothek“ der verschwisterten Bereiche des Denkmal- und Naturschutzrechts (S. 91f.) für das weitere Verständnis der Wechselwirkungen von Bedeutung ist.

Danach werden „Trends zur Ökologisierung des Kulturgüterschutzes“ (S. 102f.) aufgezeigt. Schließlich geht es nach dem Untertitel der Arbeit um die ökologische Dimension des Kulturgüterschutzes. Somit wird die ökologische Relevanz des Kulturgüterschutzes interdisziplinär und ebenenübergreifend, auf verfassungs-, völker- und europarechtlicher Ebene, anhand von ausgewählten Beispielen des nationalen Verwaltungsrechts näher untersucht und erläutert. Dies ist dem Verfasser auf über 500 Seiten (!) bestens gelungen. Er formuliert ein Leitbild, wonach die Idee vom „nachhaltigen Schutz des kulturellen Erbes“ auf abstrakt-globaler Ebene ganz allgemein darauf hindeutet, dass Kulturgüter, genau wie Naturgüter, kostbare, nicht unerschöpfliche Ressourcen bzw. Kapitalbestände darstellen, die nur behutsam und verantwortungsbewusst genutzt werden dürfen (S. 487). Dabei räumt er ein, dass der Nachhaltigkeitsbegriff bisher einen äußerst geringen Konkretisierungsgrad aufweist, jedoch nicht zuletzt wegen des Nachweltschutzes über Begriffe wie „Dauerhaftigkeit“ hinausreicht. Umwelt- und Kulturgüterschutz stellen zwei ähnlich strukturierte, einander sehr nah kommende Verfassungsgüter dar, die vom Grundsatz her durch ein Kooperations- und Ergänzungsverhältnis gekennzeichnet sind (S. 347). Dies wird schon aus seinem Umweltbegriff deutlich, der auf allen Rechtsebenen einschließlich des Entwurfs eines Umweltgesetzbuchs von 2007 auch die Kultur- und Sachgüter bzw. das kulturelle Erbe zu den Umweltgütern zählt. Nun ist das ureigenste Feld des Kulturgüterschutzes das Landesrecht (S. 364), so dass wir uns meist auf verschiedenen Rechtsebenen befinden. Also würde die Aufnahme einer kulturellen Staatszielbestimmung in das Grundgesetz die fehlende Machtbalance herstellen (S. 285). Ein Fazit ist, dass sich mit der fortschreitenden Entwicklung einer Risikogesellschaft im kleinräumigen Rahmen zahlreiche Staatsaufgaben nicht mehr lösen lassen, mit der Folge, dass in den vergangenen Jahren die Tätigkeit des Bundes zum Schutz des kulturellen Erbes vor schädlichen Umwelteinwirkungen zunehmend an politischer und normativer Bedeutung gewonnen hat (S. 301). Der

gemeinsame Kampf gegen schädliche Umwelteinwirkungen steht somit im Vordergrund (S. 186).

Bei dem dort zitierten Begriff „ökologischer Kulturstaat“ wird man aus der Sicht des Denkmalschutzes jedoch unsicher, da die Ökologie als Rechtsbegriff bei Teilgebieten wie der Stadtökologie als Lebewesen-Umwelt-Beziehung auch der Denkmalpflege geläufig ist, als wissenschaftliche Aufgabenstellung zur Erforschung der ökologischen Dimension des Kulturgüterschutzes gemäß dem Untertitel der Arbeit wegen der Popularität des Begriffs „Ökologie“ jedoch auch zu Missverständnissen führen kann. Schließlich zeigen seine Beispiele zum „fast notorisch gewordenen Spannungsverhältnis von Natur- und Denkmalschutzrecht“, wie die kulturelle mit der ökologischen Verantwortung des Staates in Konflikt gerät (S. 330, 333). Während der Denkmalschutz das Zeugnis vergangener Zeit erhalten und pflegen und deshalb schützen will, hat der Naturschutz ein ganzes Bündel von sich teils widersprechender Schutzmöglichkeiten, so dass sich die Frage stellt, welche Natur wir schützen wollen.

Der VGH Mannheim hat in seinem Urteil vom 15. 11. 1991 (NuR 1992, S. 190) zum denkmalgeschützten Schlosspark Monrepos festgestellt, dass die Erforderlichkeit einer Landschaftsschutzverordnung nicht deshalb entfällt, weil Teile des geschützten Gebietes als Kulturdenkmal bereits geschützt sind. Die unterschiedlichen Ziel- und Zweckbestimmungen von Natur- und Denkmalschutzgesetz rechtfertigen eine Unterschutzstellung nach beiden Gebieten. Konflikte zwischen Naturschutz und Denkmalschutz können durch die (später ergehende) Landschaftsschutzverordnung bewältigt werden. Da die Wiederherstellung der Gartenanlage im Stile eines englischen Landschaftsgartens mit Seeanlage ein Schutzzweck der Landschaftsschutzverordnung war, fand diese Rechtsauffassung auch bei dem Autor Zustimmung (S. 336).

Der Park (z.B. die gartenkünstlerisch gestaltete Insel im See) unterliegt aber zugleich dem Biotopschutz, so dass viele denkmalrechtlich gebotene Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen nach § 30 BNatSchG verboten sind. Dies wurde vom Gericht nicht gesehen. Da zumindest Teile des Gartenkunstwerks durch die Vorgaben des Biotopschutzes langfristig friedlich liquidiert werden, muss man wegen der bestehenden Normenkollision diesen Widerspruch in der Rechtsordnung auflösen.

Der Lösungsvorschlag dahin, dass der Denkmalschutz in solchen Fällen *lex specialis* sei, wurde abgelehnt (S. 335f., 500), so dass etwaige Kollisionsfälle im Lichte der Einheit der Verfassung durch die Herstellung „schonenden Ausgleichs“ (*Peter Lerche*) oder „praktischer Konkordanz“ (*Konrad Hesse*) zu lösen sein sollen. Wenn sich nun der Naturschutz unter Verweis auf die Rechtsquellenhierarchie darauf beruft, dass der bundesrechtliche Biotopschutz kraft Gesetzes Vorrang vor dem landesverfassungsrechtlichen und denkmalrechtlichen Gebot der Erhaltung und Pflege des Gartenkunstwerks hat, kann der Denkmalschutz auch nichts zur „Konkordanz“ beitragen. Schließlich ist die Gartenkunst nur frei, wenn sie nicht der Ökologie geopfert wird. Also wird man mit Hilfe der Methodenlehre (*Karl Larenz*) wohl weiterhin nach einer Lösung des Konflikts suchen müssen.

Ein umfangreiches Literaturverzeichnis, ein Personenverzeichnis und ein sorgfältiges Sachverzeichnis runden das Werk ab. Damit ist abschließend festzuhalten, dass man das Werk wegen der Heranziehung des Nachhaltigkeitsgedankens im Umgang mit dem Schutz des kulturellen Erbes und der damit befügelten kulturellen Diskussion loben muss. Den Herausgebern der Schriften zum Kunst- und Kulturrecht ist zu danken, dass die klar durchdachte und sorgfältig gearbeitete Dissertation in so ansprechender Form erscheinen konnte. Allen, die sich für den nachhaltigen Schutz des Erbes einsetzen, ist das Werk sehr zu empfehlen.